

Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung

Eine Standortbestimmung

Politische Bildung ist Bildungsarbeit, die sich mit dem Politischen – das heißt mit den das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten – auseinandersetzt. Ihre Aufgabe ist es, anknüpfend an die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich zu machen und Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen. Sie orientiert sich dabei an den zentralen Kategorien von Politik: Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Dazu gehört es auch, Privilegien, Diskriminierungen oder Ausgrenzungen sichtbar zu machen, um diese zu überwinden.

Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit, der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, der Erfahrung von totalitärer Herrschaft und Völkermord bedarf es eines sorgfältigen Blicks auf aktuelle Entwicklungen. Mit dem Grundgesetz von 1949, der Öffnung der Gesellschaft nach 1968 und der Befreiung von einem autoritären Regime 1989 hat unsere Gesellschaft ihre demokratischen Werte weiterentwickelt und sichtbar gelebt. In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa und der Welt bedarf es in diesem Sinne einer profilierten politischen Bildung, die es den Teilnehmenden ermöglicht, gesellschaftliche Entwicklungen und Strukturen damals und heute zu verstehen, zu reflektieren und zu analysieren, um sich selbst gesellschaftlich zu verorten und die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken.

Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte bilden den Referenzrahmen dieser emanzipatorischen, partizipatorischen politischen Bildung.

Demokratie muss nach unserem Verständnis politischer Bildung nicht nur Regierungs- und Gesellschaftsform sein, sondern auch als Lebensform erfahrbar werden. Politische Bildung muss daher Räume anbieten, in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Neben der Kompetenz, die eigenen Interessen und Standpunkte wirkungsvoll zu vertreten, ist dabei auch die Bereitschaft zu fördern, andere Positionen einzubeziehen und gegebenenfalls Kompromisse zu schließen.

Diskriminierung u. a. aufgrund körperlicher und geistiger Voraussetzungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Sprache, des Äußeren, des Alters, der Herkunft, der sozialen Lage oder der religiösen bzw. politischen Anschauungen, ist mit unserem Verständnis politischer Bildung unvereinbar. Ihr entschieden entgegenzutreten ist der Auftrag der politischen Bildung und somit aller in ihr Aktiven.

Wir, der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen,

- treten für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie die im Grundgesetz verankerten unveräußerlichen Menschenrechte ein.
- setzen uns für die uneingeschränkte freie Entfaltung und Entwicklung aller Menschen ein und unterstützen diese.
- positionieren uns gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus/-extremismus.
- ergreifen Position für eine vielfältige, inklusive und solidarische Gesellschaft.
- wenden uns mit unseren Angeboten der politischen Bildung an alle in der Gesellschaft lebenden Menschen.
- orientieren uns dabei nicht an vermeintlichen Defiziten, sondern an den Ressourcen der Teilnehmenden.
- begrüßen die Verschiedenheit von Menschen in unseren Einrichtungen und Bildungsangeboten und begreifen Vielfalt als Bereicherung.
- wenden uns entschieden gegen völkisches und nationalistisches Gedankengut sowie gegen autoritäre und antidemokratische Ideen. Dazu gehört für uns auch eine Auseinandersetzung mit Kolonialismus und seiner gesellschaftlichen Wirkweise. Wir gestalten historisch-politische Bildungsprozesse, u. a. über die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das Erinnern an die Shoah steht dabei als Zeichen unserer Verantwortung und bleibt ein beständiger Auftrag.

Gemeinsam treten wir für die hier genannten Punkte ein. Dementsprechend wehren wir Angriffe rechtspopulistischer/-extremer Parteien und Gruppierungen gegen einzelne Mitgliedseinrichtungen, die Mitarbeiter*innen und Funktionsträger*innen solidarisch ab.

Beschlossen vom AdB-Vorstand am 25. April 2018. Diese Positionierung fußt auf einer breiten Diskussion im Verband und der Zuarbeit der AdB-Kommission Jugendbildung.